Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/803
07.11.2019

Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

30. Sitzung (öffentlich)

7. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Thorsten Schick (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband Einzelplan 14)
Vorlage 17/2510 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/2585 (Beantwortung der Fragen)
Ausschussprotokoll 17/741 (Haushaltsklausur HFA, Einzelplan 14 ab S. 15)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion *(s. Anlage 1)* zu Kapitel 14 500, Titel 68 672, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Einzelplan 14, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

2 IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stärken – Patientenschutz sichern 10

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5634
Ausschussprotokoll 17/692 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 04.07.2019)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

3 Innovationspotential der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung nutzen! 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5623

Ausschussprotokoll 17/729 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 12.09.2019)
Vorlage 17/2509 (Sachstandsbericht der Landesregierung)

– Wortbeiträge

Aufgrund des noch ausstehenden Votums des mitberatenden AHKBW einigt sich der Ausschuss darauf, die abschließende Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

4 Innovatives Bauen im 3D-Druckverfahren fördern 15

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7544

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

5 Ziele der Digitalstrategie *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2653

– Wortbeiträge

6 Künstliche Intelligenz – Kooperation zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2646

– Wortbeiträge

7 5G – Strategie *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **21**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2647

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **23**

hier: **gemeinsame Anhörung ADI und WissA**

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband Einzelplan 14)
Vorlage 17/2510 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/2585 (Beantwortung der Fragen)
Ausschussprotokoll 17/741 (Haushaltsklausur HFA, Einzelplan 14 ab S. 15)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Florian Braun (CDU) ist der Meinung, die Schwerpunkte innerhalb des Haushalts seien klug gewählt. Die Koalition fokussiere sich auf Digitalisierung und Innovationsförderung mit Blick auf den konkreten Nutzen für die Menschen und für den Wirtschafsstandort und stelle demzufolge in großem Umfang finanzielle Mittel für Infrastruktur, Transformationsprozesse, Verwaltung, Start-ups und Forschung zur Verfügung.

Insbesondere begrüße er den neuen Haushaltsposten in Höhe von 27 Millionen Euro für das Onlinezugangsgesetz, mit dem flächendeckende Angebote von Verwaltungsleistungen erarbeitet werden könnten und der einen echten Mehrwert für die Kommunen darstelle.

Ebenso lobe er, dass die sechs Exzellenz Start-up Center mit rund 5 Millionen Euro pro Jahr fünf Jahre lang gefördert werden sollten, und er hebe die Erhöhung der Landeskofinanzierungsmittel für Gigabit auf 114 Millionen Euro hervor, womit Projektsicherheit gewährleistet werden solle. Die Verknüpfung dessen mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von knapp 1 Milliarde Euro sende die klare Botschaft, dass das Land seine Verpflichtungen zur Finanzierung von Projekten erfülle.

Das schwarz-gelbe Gründerstipendium bezeichne er als eine richtige Erfolgsgeschichte. Überall im Land bekomme man dazu positive Rückmeldungen und sehe glückliche Gesichter von Gründern, die damit gut leben und arbeiten könnten. Auch die Umsetzung des Programms gestalte sich sehr erfolgreich.

Dem Bericht der Landesregierung zu TOP 7 könne man entnehmen, dass die Gesamtsumme der für 5G zur Verfügung gestellten Mittel in keiner Weise verringert werde. Vielmehr sei es eine rein haushaltstierische Frage, was im nächsten Jahr aufgrund der Beantragungszeiträume überhaupt faktisch verausgabt werden könne. Es müsse sorgsam gehaushaltet werden, sodass keine Gelder verloren gingen.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) erkennt in dem Haushalt eine Menge an verlorenen Chancen. Stelle eine verantwortlich handelnde Landesregierung Gelder in einen Haushalt ein, seien diese nicht verloren, vielmehr räume der Landesgesetzgeber der Landesregierung damit die Möglichkeit ein, Geld für wichtige Projekte auszugeben. Die

Haltung, dass Minister Pinkwart zur Verfügung gestelltes Geld im Zweifel verloren sei, zeuge von Klärungsbedarf innerhalb der schwarz-gelben Koalition.

Die Antworten der Landesregierung auf die Fragen der SPD-Fraktion zeigten, dass es in wichtigen Bereichen zumindest an Ambitionen mangele. Die veranschlagten 18 Millionen Euro für KI sehe er im globalen und auch im europäischen Vergleich als nicht schlecht an, dies könne aber auch nicht als so „weltbest“ bezeichnet werden, wie Schwarz-Gelb sich gerne darstelle. Vielmehr handele es sich dabei um eine der verlorenen Chancen des Haushalts.

Er freue sich, dass nun zumindest ein Entwurf für ein neues E-Government-Gesetz vorliege. Allerdings habe sich die Landesregierung damit auch viel Zeit gelassen, und auch dem Haushalt könne er noch nicht entnehmen, dass im nächsten Jahr der große Durchbruch erwartet werden dürfe. So richtig komme NRW in dieser Hinsicht nicht vom Fleck.

Ähnliches gelte für den Ausbau der digitalen Infrastruktur und 5G. Die haushalterischen Gründe dafür wolle er gar nicht in Abrede stellen, dennoch stelle er fest, dass weniger Geld eingeplant werde als im Vorjahr. Dieses Signal halte er für schwierig, und auch dies bewege seine Fraktion dazu, den Haushalt nicht mitzutragen.

Im Hinblick auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion habe er nicht verstanden, warum diese eine Erhöhung des Titels 686 72 um einen Betrag von genau 10 Millionen Euro fordere. Schließlich betrage die Kürzung mehr als 14 Millionen Euro. In dieser Hinsicht erwarte er gespannt die Ausführungen der Kollegin Kampmann.

Christina Kampmann (SPD) äußert den Eindruck, die im Ausschuss häufig besprochenen Schwerpunkte spiegelten sich finanziell nicht im Haushalt wider. So werde beim Thema „Blockchain“ um 850.000 Euro gekürzt, und auch der Bereich „KI“ komme nicht gut weg, denn die dafür bereitstehenden 18 Millionen Euro reichten nicht aus. Insbesondere angesichts der Summe von 2 Milliarden Euro, welche die bayerische Landesregierung für das Thema vorsehe, halte sie dies für zu wenig.

Auch im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau würden Mittel gekürzt: Es handele sich nun um 114 Millionen Euro im Gegensatz zu 170 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Auch wenn der Betrag an die Kofinanzierung der Bundesmittel gekoppelt sei, halte sie diesen Rückgang für ein problematisches Zeichen; denn schließlich wüssten alle, dass mehr ausgebaut und damit auch mehr finanziert werden müsse.

Die zum Thema „5G“ in dem Änderungsantrag der SPD aufgeführte Zahl von 10 Millionen Euro basiere auf der haushalterischen Verantwortung der SPD, die immer auch den Gesamthaushalt im Blick behalte. Natürlich nehme sie zur Kenntnis, dass der Wettbewerb erst Ende 2019 starten werde. Dennoch frage sie sich, ob es nicht den Prozess beschleunige, die Mittel vor Mitte 2020 bereitzustellen.

Die SPD-Fraktion halte den Haushalt nicht für überzeugend und werde ihn deshalb nicht mittragen.

Vernünftige, nachhaltige Haushaltspolitik zeichne sich nicht dadurch aus, mit Geld um sich zu werfen, sondern die richtigen Akzente zu setzen und im Sinne zukünftiger Generationen sparsam mit den Geldern der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen umzugehen, so **Rainer Matheisen (FDP)**. Daraus resultiere die Absenkung der Gesamtausgaben des Ministeriums. Nichtsdestotrotz verzeichne der Haushalt an wichtigen Positionen einen Aufwuchs, teilweise seien Mittel dort erstmals eingestellt worden.

Viele Unternehmen ständen vor dem Problem, sich auf die Digitalisierung einstellen zu müssen, auf diese Weise aber nicht mit dem Staat kommunizieren zu können. Deswegen freue er sich darüber, dass zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes 15,1 % mehr an Mitteln zur Verfügung gestellt würden. Er sehe dies als einen guten Schritt in die richtige Richtung, medienbruchfreie, digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und Staat zu ermöglichen; schließlich müsse sich der Staat auch als Dienstleister gegenüber den Unternehmen verstehen.

Den Aufwuchs in Sachen „Gründerstipendien“ halte er für besonders wichtig, weil NRW sich mehr weibliche Gründungen wünsche. NRW befinde sich in dieser Hinsicht auf Erfolgskurs, was in Untersuchungen und Gesprächen mit der Szene bestätigt werde.

Einen weiteren Schwerpunkt der NRW-Koalition sehe er in Sachen „Social Entrepreneurship“, was für Nordrhein-Westfalen zunehmend an Bedeutung gewinne. Er begrüße es, dass mit den Gründerstipendien gezielt auch diese Zielgruppe angesprochen werde. Außerdem geschehe dies in der täglichen Beratungsarbeit vor Ort, wofür er den STARTERCENTERN, den DWNRW-Hubs usw. herzlich danke.

Erstmals würden Mittel für das Onlinezugangsgesetz in Höhe von 27 Millionen Euro eingestellt. Einerseits entspreche dies einer gesetzlichen Verpflichtung, auf der anderen Seite stelle die Höhe aber ein starkes Signal dar, die Digitalisierung erlebbar zu machen.

Insgesamt setze die Regierung gute Schwerpunkte und gehe vernünftig mit dem Geld der Steuerzahler um.

Laut **Florian Braun (CDU)** dürfe Christina Kampmann nicht die Titelgruppe 62 mit der Titelgruppe 64 verwechseln. Titelgruppe 62, auf die sich Kampmann in ihrem Redebeitrag bezogen habe, enthalte die Förderaufrufe bzw. die Calls 1 bis 5 des Bundesförderprogramms, die mittlerweile jedoch schlicht und einfach ausgelaufen seien. Aus dieser Titelgruppe werde faktisch kein Geld mehr abfließen, und daraus resultiere die Reduzierung des Ansatzes.

Der 6. Call beziehe sich auf die Gigabitförderung, die im Haushalt mit einer weiteren Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 777.192.000 Euro vor einer weiteren Erhöhung stehe. Es scheitere jedenfalls nicht an der Kofinanzierung. Außerdem befänden sich viele Projekte aus den Vorjahren bereits auf dem Weg.

Er halte es für entlarvend, dass die SPD-Fraktion mal eben eine Erhöhung von 10 Millionen Euro für den Ausbau von 5G fordere, ohne eine Idee über die konkrete Umsetzung zu haben. Er bezeichne dies als reine Buzzword-Politik, mit der man vielleicht

Wahlkampf machen könne, ohne dass jedoch eine Idee oder ein Konzept dahinterstehe. Diesen leichtfertigen Umgang mit Steuergeldern halte er schlicht für verantwortungslos.

Allen sei klar, dass in Sachen „Gigabitförderung“ nicht alles von einem Tag auf den anderen umsetzbar sei und die Mittel sofort abgerufen würden, so **Rainer Matheisen (FDP)**. Aktuell fehlten die Planungs- und Baukapazitäten und sogar die Baggerfahrer, und demnach könne nicht in diesem Jahr ein hundertprozentiger Ausbau erreicht werden. NRW stelle zu diesem Zweck bis 2023 eine gewaltige Summe in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Christina Kampmann (SPD) betont, die SPD-Fraktion habe genauso wie die FDP-Fraktion im Gegensatz zur CDU-Fraktion bereits eine KI-Strategie vorgelegt. Es mangele der SPD also nicht an Ideen.

In Sachen „5G“ schätze sie den Spielraum bei den dafür einzusetzenden Mitteln als sehr begrenzt ein, schließlich gehe es in naher Zukunft auch um den Rollout. Die SPD-Fraktion fordere einerseits mehr Mittel, andererseits sollten diese ihrer Meinung nach auch früher zur Verfügung stehen, damit NRW beim Gigabitausbau nicht den anderen Ländern hinterherhinke.

Titelgruppe 72 im Haushalt 2020 enthalte für die Einrichtung von Testfeldern zur 5G-Schlüsseltechnologie einen Ansatz in Höhe von 21,4 Millionen Euro und außerdem Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 54 Millionen Euro, so **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)**. Dies zeige, dass die Landesregierung es mit dem Thema sehr ernst meine.

Natürlich könne man dies noch höher dotieren, allerdings halte die Landesregierung den veranschlagten Betrag mit Blick auf den ausgeschriebenen Wettbewerb für realistisch. Im nächsten Jahr sollten demnach insgesamt 90 Millionen Euro bereitgestellt werden, und angesichts der erwartbaren Anträge und Umsetzbarkeiten im Jahr 2020 halte er dies für absolut ausreichend, um die Ziele mit den vorhandenen starken Partnern angehen zu können. Es mache keinen Sinn, Haushaltsansätze festzulegen, die man am Ende nicht verausgaben könne. Er bedanke sich in dieser Hinsicht auch bei der Opposition für die sehr konstruktive Diskussion über dieses Thema, und er könne auch viel Unterstützung für den Kurs der Landesregierung erkennen.

Zum Thema „Gigabitausbau“ verstehe er nicht, warum Christina Kampmann die Situation in Nordrhein-Westfalen so schlecht einschätze, denn das decke sich nicht mit seiner Sichtweise. – Auf den Einwurf **Christina Kampmanns (SPD)**, dies sehe sie aufgrund der Zahlen so, erwidert **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)**, die Zahlen zum Gigabitausbau in Bezug auf die öffentliche Förderung hätten sich in ganz Deutschland noch nicht derart entwickelt, wie es sein könnte. Dies zeigten die Antworten auf die regelmäßigen Anfragen der Grünen-Bundestagsfraktion, deren Zahlen bundesweit zur Verfügung ständen. Grund dafür seien die Startschwierigkeiten mit staatlichen Förderprogrammen generell. Auf allen Ebenen bessere es sich zwar, aber dies benötige Zeit.

Aus diesem Grund setze die Landesregierung schwerpunktmäßig auf den eigenwirtschaftlichen Ausbau – sie werde es auch weiterhin tun –, der in den letzten zwei Jahren deutlich vorangekommen sei. Insbesondere im kommunalen Bereich beständen bei solchen staatlichen Aktionen zahlreiche Probleme, die aus der Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen und einer weiterhin stabilen Baukonjunkturlage im Binnenland resultierten. NRW sei dabei aber nicht besser und nicht schlechter als andere Länder. Vielmehr werde jetzt eine große Bugwelle abgearbeitet, und er hoffe, dass sich dies nach Abrechnung der Projekte in den Jahren 2020/21 in Zahlen niederschlage.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion *(s. Anlage 1)* zu Kapitel 14 500, Titel 68 672, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Einzelplan 14, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

2 IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stärken – Patientenschutz sichern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5634
Ausschussprotokoll 17/692 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 04.07.2019)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend –, an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 11.04.2019; Ablehnung durch die mitberatenden Ausschüsse)

NRW sehe für die Verbesserung der IT-Infrastruktur an Krankenhäusern keine Fördermittel vor, so **Roger Beckamp (AfD)**, und die vom Bund ausgegebenen Fördermittel erreichten nur 7 % der Krankenhäuser in NRW.

In dem am 4. Juli 2019 durchgeführten Gespräch mit sachverständigen Gästen hätten die Sachverständigen die in dem Antrag der AfD gestellte Diagnose bestätigt bzw. sogar festgestellt, dass es in der Realität noch schlechter aussehe. Außerdem sei darauf hingewiesen worden, dass in manchen Fällen Betriebskosten zu Investitionsmitteln unzulässigerweise umdeklariert worden seien.

Auch die Tatsache, dass in einigen Krankenhäusern noch das Betriebssystem MS-DOS eingesetzt werde, zeuge von gravierenden Mängeln in Sachen „IT“. Laut einem OECD-Index liege Deutschland bei der Digitalisierung der Krankenhäuser auf dem vorletzten Platz hinter der Türkei.

Er vermute, dass der Antrag nicht die Zustimmung der anderen Fraktionen finde, er aber vielleicht im nächsten Jahr mit anderem Briefkopf eingebracht werde.

Rainer Matheisen (FDP) teilt Roger Beckamps Analyse der Sachverständigenmeinungen nicht. Ganz im Gegenteil hätten die Sachverständigen im Hinblick auf die IT-Sicherheit insbesondere die Bedeutung der Sensibilisierung der Mitarbeiter betont – ein bundesweites Problem, das vonseiten aller Parteien in der Vergangenheit bereits ausgiebig thematisiert worden sei, etwa auch seitens der Piratenfraktion in der letzten Legislaturperiode. Was die AfD-Fraktion nun fordere, könne nicht als der Stein der Weisen bezeichnet werden. Landesregierung, regierungstragende Fraktionen und auch die Opposition würden sicherlich weiterhin den Weg mitgehen, für mehr Sicherheit zu sorgen.

Marco Schmitz (CDU) schließt sich der Meinung von Rainer Matheisen an. Die größte Schwäche der Krankenhäuser bestehe nicht in der technischen Infrastruktur sondern

in den menschlichen Fehlern. Es gehe an den Krankenhäusern darum, eine Sensibilisierung und eine gewisse Awareness der Mitarbeiter zu erreichen, damit jedem die Gefahren klar würden.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

3 Innovationspotential der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5623

Ausschussprotokoll 17/729 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 12.09.2019)
Vorlage 17/2509 (Sachstandsbericht der Landesregierung)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 11.04.2019)

Den Antrag habe die SPD-Fraktion eingereicht, weil zu dem Zeitpunkt trotz der verschiedenen Beratungen darüber im Ausschuss – so etwa auch in einem Gespräch mit dem Blockchain Bundesverband – noch keine Initiative seitens der Landesregierung erkennbar gewesen sei, so **Christina Kampmann (SPD)**. Inzwischen liege jedoch ein Konzept der Landesregierung vor, und dieses beurteile sie positiv. Der Fokus müsse darauf liegen, anwendungsorientiert zu prüfen, wo Blockchain-basierte Technologien Sinn machten und wo nicht. Die Verwaltung könne in dieser Hinsicht ein wichtiges Anwendungsfeld darstellen, auch wenn dort bisher noch nicht viel passiere.

Mit der Forderung, Blockchain zur Modernisierung des Registerwesens einzusetzen, greife die SPD-Fraktion eine Anregung der Sachverständigen aus dem Fachgespräch auf. Auch die Forderung, die Nutzung der Technologie noch stärker auf die Identitäten zu fokussieren, halte sie für richtig.

Sie verweise außerdem auf die inzwischen veröffentlichte Blockchain-Strategie der Bundesregierung, mit der angeregt werde, die Forschung in diesem Bereich stärker zu unterstützen.

Den Antrag der SPD-Fraktion halte sie für eine gute Grundlage für das weitere politische Verfahren, und sie sehe diese Annahme auch aufgrund der bei dem Fachgespräch geäußerten positiven Resonanz bestätigt.

Laut **Florian Braun (CDU)** stelle Blockchain für Nordrhein-Westfalen ein sehr wichtiges Thema dar. Der SPD-Antrag sei jedoch nicht die erste parlamentarische Initiative zu dem Thema, vielmehr hätten die Regierungskoalitionen durchaus schon in Anträgen der Regierung Anregungen mit auf den Weg gegeben.

Der Bericht des Ministers in der letzten Sitzung habe gezeigt, in welcher Breite in NRW Projekte zu diesem Thema auf den Weg gebracht würden. Dazu zählten das Reallabor, govchain nrw, regio iT sowie die Modellregionen.

Aufgrund der seit dem 18. September 2019 vorliegenden Blockchain-Strategie des Bundes könne der Antrag ein Stück weit als obsolet angesehen werden. Die Landesregierung arbeite jedenfalls weiter an diesen Themen, um Blockchain zu einem Erfolgsprojekt des Landes zu machen.

Marcel Hafke (FDP) betont, wie wertvoll er die Anhörung zu dem Thema empfunden habe. Vonseiten der Gäste seien spannende, neue Impulse in die Diskussion eingebracht worden.

Er wolle an die Einschätzung des Blockchain Bundesverbands erinnern, dass man sich derzeit noch in einer Forschungs- und Erprobungsphase befinde, und dies spiegle sich auch in der Strategie der Landesregierung wieder. So dienten etwa die Modellregion Aachen und die Tests in der öffentlichen Verwaltung dazu, zu überprüfen, ob die Maßnahmen landesweit ausgerollt und von anderen Kommunen übernommen werden könnten.

Schon dieses Regierungshandeln, mit dem weiter vorangeschritten werden solle, mache den Antrag der SPD-Fraktion obsolet.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) hebt ebenfalls die Bedeutung der sehr interessanten und guten Anhörung zu diesem Antrag hervor. Im Gegensatz zu seinen beiden Vorrednern erachte er aber – auch infolge der Meinungen der Sachverständigen – den Antrag für sehr sinnvoll, denn er werfe die richtigen Aspekte auf.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) bedankt sich für die große Unterstützung seitens des Ausschusses zum Thema „Internet der Werte“. Über die Blockchain-Technologie werde seit ungefähr vier Jahren gesprochen, und einige amerikanische Vordenker vermuteten, dass – mutig formuliert – die Blockchain noch einmal die durch das Erscheinen des Internets in den letzten 30 Jahren entwickelte Wucht entfalten werde.

Bereits jetzt könne Blockchain Vorteile für das Alltagshandeln mit sich bringen, etwa mit Blick auf den Dokumentenaustausch sowie auf den Transport von Wertpapieren oder Registern. In der analogen Welt hätten immer Probleme bestanden, dies hinreichend abzusichern. Mit der Blockchain bestehe die Chance, solche Prozesse in Zukunft relativ energiearm und kostengünstig digital abwickeln zu können, sowohl im privaten Sektor als auch in der öffentlichen Verwaltung.

Er zeige sich sehr dankbar, dass Helmut Nehrenheim, der auch bundesweit und international zu dem Thema arbeite, dies im MWIDE von Anfang an zu seinem persönlichen Thema gemacht habe. Außerdem freue er sich, dass NRW mit dem Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik in Dortmund über einen ganz starken Akteur verfüge, der die Themenfelder „Logistik“ und „Factory 4.0“ weiterdenke und vorantreibe. Gemeinsam mit Fraunhofer wolle das Land ein europäisches Blockchain-Institut aufbauen. Auch die Möglichkeit, ein Reallabor in das Rheinische Revier zu bringen, bedeute eine riesige Chance für die öffentliche Daseinsvorsorge, die Blockchain in aller Breite auch für die kommunale Familie nutzbar zu machen, etwa im Hinblick auf die Themen „Energieversorgung“ und „Wasser“.

Auch die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen verfügten auf diesem Themengebiet über ganz tollen Sachverstand, und sein Haus habe mit den betreffenden Akteuren viele Fachgespräche geführt. Alle Kompetenzen unter einem Dach zu bündeln, das Know-how der Akteure zu nutzen und das Thema für die Verwaltung und auch für die

privaten Bereiche voranzutreiben, ermögliche es Nordrhein-Westfalen, sich als Digitalstandort positiv aufzustellen.

Aufgrund des noch ausstehenden Votums des mitberatenden AHKBW einigt sich der Ausschuss darauf, die abschließende Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

4 Innovatives Bauen im 3D-Druckverfahren fördern

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7544

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation am 10.10.2019)

Vorsitzender Thorsten Schick weist auf die im federführenden Ausschuss am nächsten Tag erstmalig stattfindende Beratung des Antrags hin. Nach seinen Informationen solle dazu keine Anhörung beantragt werden. Aufgrund der immer langen Tagesordnungen bestehe im AHKBW die Neigung, direkt abzustimmen, ohne auf Voten der mitberatenden Ausschüsse zu warten. Er schlage deswegen vor, bereits in der laufenden Sitzung über den Antrag abzustimmen, denn ansonsten werde das Votum des ADI unter Umständen nicht mehr berücksichtigt.

Dr. Patricia Peill (CDU) erläutert, RWTH und FH Aachen hätten in Verbindung mit dem Antrag auf das Sinken der Produktivität in der Bauwirtschaft in den letzten Jahren parallel zu dem Anstieg der Produktivität in der Industrie hingewiesen. Prozessoptimierung und Teilautomatisierung stellten demnach wichtige Hebel für die Zukunft der Bauprozesse dar. Die sich dynamisch weiterentwickelnde Technologie des 3D-Betondrucks verspreche Potenziale für eine Reduktion von Produktionszeiten, eine Senkung von Produktionskosten sowie eine Erhöhung der Effizienz auf Baustellen.

Trotz der hinreichenden Erforschung des 3D-Betondrucks bestehe laut der FH Aachen Unkenntnis über seine Einflüsse auf die Bauprozesse, über seine die Effekte auf andere Gewerke am Bau und über die Anforderungen, die an Bauprozessen beteiligte Gewerke an den 3D-Druck stellten.

Bei dem Antrag gehe es den Fraktionen von CDU und FDP darum, die Forschung über die Bauprozesse zu fördern und zu ermöglichen. Es gehe auch darum, Modellprojekte zu initiieren, bei denen innovative Kommunen – vielleicht sogar im Rheinischen Revier – eine günstige Bauvariante ausprobieren könnten. Zu diesem Zweck müsse noch die Rechtslage und auch die Möglichkeit der Auszahlung von Fördergeldern geprüft werden.

Rainer Matheisen (FDP) spricht sich für den Vorschlag des Vorsitzenden aus, in der laufenden Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Den Antrag bezeichne er als wirklich gut. Nordrhein-Westfalen stehe vor der Situation steigender Miet- und Kaufpreise. In einigen Städten könnten sich Menschen mit einem normalen Einkommen die Mieten nur noch schwierig leisten, und ein Erwerb von Eigentum sei für viele mittlerweile nahezu undenkbar.

Gleichzeitig erlebe das Land aber eine brummende Baukonjunktur. In Hinblick auf den Gigabitausbau ständen zu wenige Arbeitskräfte für den Bau zur Verfügung, was zu einem Stau der Arbeiten und zu Baukostenexplosionen führe. Aus diesem Grund halte er es für geraten, mit innovativen Ansätzen das Problem anzugehen und die Kosten zu senken, ohne Abstriche bei wichtigen energetischen Anforderungen machen zu müssen und ohne mit Überreglementierung die Baukonjunktur abzuwürgen. Klimaschutz und Wohnqualität gelte es dabei im Auge zu behalten.

Er bitte um Zustimmung zu dem Antrag, denn bei diesem Thema handele es sich um keine ideologische Frage, vielmehr könne sich Nordrhein-Westfalen damit an die Spitze einer Bewegung stellen, mit der Bauen und Wohnen günstiger und besser werden könnten, bei gleichzeitiger Einhaltung der hohen Klimaschutzstandards.

Sie würde es begrüßen, wenn sich Nordrhein-Westfalen an die Spitze der Bewegung in Sachen „bezahlbarer Wohnraum“ stellte, so **Christina Kampmann (SPD)**. Allerdings prognostiziere sie, dass der Antrag von CDU und FDP dazu allenfalls kurzfristig einen kleinen Teil beitragen könne. Als Teil eines politischen Wohnbaukonzeptes hielte sie den Inhalt für positiv, die Anstrengungen sowohl der Landesregierung als auch der regierungstragenden Fraktionen zum Thema „bezahlbarer Wohnraum“ insbesondere in den größeren Städten in Nordrhein-Westfalen müsse sie hingegen als zu gering beurteilen. Im Gegensatz zur FDP vertrete sie nicht die Meinung, dass der 3D-Betondruck kurzfristig zu günstigerem Wohnraum in NRW beitragen könne.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) führt aus, in dem Antrag stehe nichts Falsches, dennoch blieben einige Fragen ungeklärt. Im Hinblick auf das Potenzial des 3D-Verfahrens, zeitnah preiswert und schnell Wohnungen bauen zu können, beurteile er die Situation zwar optimistischer als Christina Kampmann, allerdings müsse hinterfragt werden, zu welchen Bedingungen dies geschehe und wie das Verfahren gefördert werden solle. Eventuell könne sich der 3D-Betondruck auch schlicht und ergreifend aufgrund seiner Wirtschaftlichkeit durchsetzen. In dem Bereich existierten einige Start-ups. Diese kämen nicht aus Nordrhein-Westfalen, was sich aber auch noch ändern könne.

Seiner Meinung nach sei zu hinterfragen, ob im Baubereich nicht andere Probleme als viel drängender angesehen werden müssten, etwa die langen Bearbeitungszeiten von Baugenehmigungen, die fehlende Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren bis hin zu Fragen zur ökologischen Wirkung von Bauprozessen. Aus diesem Grund hätte er sich die Durchführung einer Anhörung seitens des federführenden Ausschusses gewünscht.

Auch wenn er sich zunächst zu dem Antrag enthalten wolle, nehme dies nicht das Verhalten seiner Fraktion im federführenden Ausschuss vorweg. Im Falle eines anderen Verfahrens – keine direkte Abstimmung; Durchführung einer Anhörung – halte er ein positives Votum seiner Fraktion durchaus für möglich.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

5 Ziele der Digitalstrategie *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2653

Die in dem Bericht enthaltene Aussage, die inhaltliche Beratung der Digitalstrategie solle in den einzelnen Fachausschüssen erfolgen, befremde sie, so **Christina Kampmann (SPD)**. Falls dies bedeute, dass der ADI nicht mit der Umsetzung der Digitalstrategie befasst sein solle, frage sie sich, wozu es den Ausschuss dann gebe. Liege sie bei dieser Annahme falsch, bitte Sie den Minister darum, den aktuellen Stand und eventuelle Verzögerungen bei der Umsetzung der Digitalstrategie zu skizzieren.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) bringt Verständnis dafür auf, dass die Landesregierung das Ressortprinzip berücksichtigen wolle. Dennoch halte er es für wichtig, dass der Digitalausschuss auf bestimmte Fachthemen einen Blick werfe. Er schlage vor, sich im Rahmen einer Obleuterunde darüber zu unterhalten, wie es dem Ausschuss gelingen könne, auf solche ressortübergreifenden Themen wie die Digitalisierung ein besonderes Augenmerk zu richten. Auch wenn er die Digitalstrategie der Landesregierung teils sehr kritisch begleitet habe, halte er die Idee, Digitalpolitik aus einem Guss zu machen, nicht für falsch. Allerdings müsse auch im Parlament jemand die Gesamtlage im Blick behalten.

Für unbefriedigend hielte er es, wenn der Digitalausschuss nicht über die Digitalisierung in Gänze sprechen könnte, sondern nur noch einzelne, sehr kleine Fachthemen diskutierte, womit er sich selbst ein Stück weit aus der Verantwortung entließe.

Angesichts der Berichtsanfrage habe er die Stirn gerunzelt, so **Florian Braun (CDU)**, denn all dies sei innerhalb des letzten halben Jahres häufig thematisiert worden. Die Frage nach den in der Digitalstrategie enthaltenen 44 Zielen könne die SPD-Fraktion selbst beantworten, indem sie schlicht im Dokument der Digitalstrategie nachschlage.

Keineswegs könne er den Eindruck bestätigen, dass das Ministerium dem Ausschuss verbiete, über die Digitalisierung zu sprechen. Es liege in der Verantwortung sowohl der regierungstragenden Fraktionen als auch der Opposition, bestimmte Themen mit dem Stellen von Anträgen wieder in den Fokus zu rücken und dazu inhaltliche Nachfragen zu formulieren.

In dem Bericht kündige die Landesregierung ein Umsetzungsmonitoring für das Jahr 2020 an, das digital, online verfügbar aufbereitet werden sollte. Die CDU-Fraktion orientiere sich durchaus an den Inhalten der Digitalstrategie und versuche weiterhin, ihre Ideen in den Prozess einzubringen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese Themen weiterhin abgearbeitet würden.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) erklärt, die Antwort der Landesregierung sei deshalb so kurz ausgefallen, weil sie mit gutem Gewissen auf die erst seit einem halben Jahr vorliegende Digitalstrategie verweisen könne. Dort würden die

Schwerpunktfelder, 44 Ziele und auch Teilziele ganz konkret definiert. Diese Vorgehensweise halte er für alles andere als selbstverständlich, denn in der Politik könne man sich viel vornehmen, aber Nachprüfbares zu veröffentlichen, sei nicht immer angenehm. Trotzdem habe sich die Landesregierung dazu durchgerungen.

Die Digitalstrategie und das dazugehörige Monitoring lägen in der Gesamtverantwortung seines Hauses und damit auch im Bereich des Digitalausschusses. Natürlich werde der Ausschuss die Ergebnisse des Monitorings, und zwar über alle 44 Ziele, erhalten.

Dennoch lägen Teile der Digitalstrategie in der Zuständigkeit anderer Ressorts, die ebenfalls an der Umsetzung arbeiteten. In dem Monitoringprozess müssten natürlich Daten in den jeweiligen Fachbereichen abgefragt werden, so wie auch sein Haus vor dem Sommer detailliert über den Stand der eigens bearbeiteten Themen informiert habe. Auch im Ausschuss würden laufend verschiedene Politikfelder bearbeitet, und andere Ressorts hätten hier bereits über deren Themen Bericht erstattet.

Die Landesregierung verfüge in puncto Digitalstrategie über einen klaren Fahrplan, arbeite die Ziele ab, monitore sie und arbeite als Ganzes an der Umsetzung. In immer kürzeren Abständen Zwischenberichterstattung zu geben, halte er nicht für sinnvoll; schließlich berichte sein Haus immer wieder über die Fortschreibung der Digitalstrategie.

Am 22. November 2019 sollten auf einer großen Veranstaltung wichtige Themen der Digitalstrategie mit externen Fachleuten und unter Einbezug der Bürgerinnen und Bürger diskutiert werden. Das MWIDE zeige sich für den Prozess verantwortlich, und der ADI sei definitiv für dessen Begleitung zuständig. Über alle erreichten Ziele in diesen Bereichen werde er gerne dem Ausschuss berichten und diese zur Diskussion stellen.

Christina Kampmann (SPD) hält es für legitim, dass die Landesregierung Zeitpunkte definiere, zu denen sie über etwas berichten wolle. Allerdings sei es auch ein berechtigtes Anliegen der Opposition, zwischendurch nach dem Stand der Dinge zu fragen. Einen Hinweis, man solle Anfang 2020 auf einer bestimmten Homepage nachschauen, empfinde sie als zu wenig. Sie wünsche sich, dass sich der Ausschuss zu Beginn des nächsten Jahres noch einmal mit dem bisher Erreichten umfassend beschäftige. – **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** sichert das zu.

6 Künstliche Intelligenz – Kooperation zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2646

Immer wieder lese sie von der Kooperation Nordrhein-Westfalens mit Bayern zum Thema „Künstliche Intelligenz“, so **Christina Kampmann (SPD)**, nun werde eine ähnliche Kooperation mit Polen initiiert. Sie wünsche sich, dass es nicht nur bei Ankündigungen bleibe, und deshalb frage sie, was konkret gemeinsam mit Bayern getan werde und was im Hinblick auf Polen angedacht sei.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) erklärt, die Landesregierung befinde sich im Austausch mit verschiedenen Regionen. So habe er gemeinsam mit den Verantwortlichen des Fraunhofer-Instituts das Alan Turing Institute in Großbritannien und mit Kolleginnen und Kollegen aus dem wissenschaftlichen Bereich Polen besucht, und die Landesregierung habe außerdem das Thema mit Israel diskutiert. Weiterhin führe sein Haus Gespräche mit entsprechenden Start-ups und mit Forscherinnen und Forschern. Mit diesen Instrumenten der Außen-, Innovations- und Wirtschaftsstrategie mache die Landesregierung auf die besonderen Fähigkeiten des Standorts NRW aufmerksam.

Aus früheren Regierungsjahren existierten zahlreiche, bei verschiedenen Delegationsreisen geschlossene MOUs, denen aber keine weiteren Maßnahmen gefolgt seien. Dies entspreche jedoch nicht seinem Verständnis solch einer Zusammenarbeit.

Er komme gerade zurück von dem deutsch-arabischen Wirtschaftsgipfel, dessen Durchführung im vergangenen Jahr mit den Botschaftern aus dem arabischen Raum vereinbart worden sei. Auf dieser Wirtschaftskonferenz würden die Mittelständler und Vertreter der Wirtschaft mit dem arabischen Raum zusammengebracht. Im nächsten Jahr werde es eine Vollkonferenz geben, denn wenn die Landesregierung etwas anstoße, wolle sie auch eine Fortsetzung dessen.

Zum Thema „Künstliche Intelligenz“ habe sein Haus sich mit ganz tollen Leuten aus Polen getroffen, die an dem Thema sehr intensiv arbeiteten. Vertreter der polnischen Wirtschaft hätten den Wunsch angemeldet, in Sachen „Factory 4.0“ und „Internet der Dinge“ von Deutschland zu lernen. Es gehe dabei also nicht nur um KI, sondern auch um das große Ganze.

Im Austausch mit Großbritannien habe NRW mit dortigen First-Class-Forschungseinrichtungen zu tun, und für die NRW-Wissenschaftseinrichtungen sei eine Zusammenarbeit mit diesen sehr interessant. Auf Veranstaltungen würden Menschen zusammengebracht, die Forschenden könnten ihr Netzwerk erweitern, auf den Standort NRW besser aufmerksam machen und dabei helfen, dass die nordrhein-westfälischen Unternehmen in diesem Bereich vorankämen.

Gemeinsam mit kommunalen Vertretungen habe das MWIDE eine Konferenz in Island besucht, auf der auch über 250 Unternehmerinnen und Unternehmer zugegen gewesen seien, und auch in Düsseldorf habe eine ähnliche Veranstaltung stattgefunden. Manche baltischen Start-ups arbeiteten nun mit den nordrhein-westfälischen Kommunen zusammen. Die Landesregierung versuche im Sinne der Außen-, Innovations- und Wirtschaftsbeziehungen solche Kooperationen nachzuhalten und möglichst konkret werden zu lassen.

7 5G – Strategie *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2647

Christina Kampmann (SPD) fragt nach dem Zeitplan, nach der Ausgestaltung und nach dem Umfang der angekündigten 5G-Strategie. Sie erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an den Änderungsantrag der SPD zum Haushalt, nach dem die Förderung von 5G um 10 Millionen Euro erhöht werden solle.

Außerdem interessiere sie, wie die Landesregierung im Zusammenhang mit 5G zu einer möglichen Kooperation mit Huawei stehe.

Bekäme sein Haus nun 10 Millionen Euro geschenkt, so **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)**, dürfe er sie im Interesse des Landes nicht abweisen. Angesichts der vielen Anforderungen, die an den Landeshaushalt gestellt würden, und der Verpflichtung zu einem vernünftigen Ausgleich, müsse man sich jedoch auf das Notwendige und Sinnvolle konzentrieren. Es fehle auch nicht an Geld, vielmehr bedürfe es nun der Umsetzung. So habe sich das Auktionsverfahren negativ auf die Motivation mancher Beteiligter ausgewirkt, wodurch es zu Verzögerungen gekommen sei. Die Landesregierung habe immer wieder versucht – auch in Bezug auf die Netzagentur –, bei allen Akteuren die gute Laune zu erhalten.

Nun müssten die Campuslösungen diskutiert werden, und man stehe vor unterschiedlichen Interessen. Die einen wollten gerne alles selbst machen, die anderen wollten nach dem Kauf teurer Lizenzen endlich einmal Geld verdienen dürfen. Wie immer im Wettbewerb einer sozialen Marktwirtschaft laufe ein Abstimmungsprozesses, um viele Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

Er hätte sich gewünscht, dass die Lizenzen nicht so teuer verkauft worden wären, denn die hohen Beträge nähmen den Unternehmen Mittel, die sie für den Ausbau von 5G und der Mobilfunknetze generell bräuchten. Dass die Verschuldung gewisser Anbieter mit Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen weiter wachse, sehe er nicht als Vorteil. Nun müsse man damit leben und versuchen, gemeinsam mit den Partnern in die Anwendung zukommen.

Für die Unternehmen, die über die Lizenzen verfügten, beginne jetzt eine spannende Zeit, denn die Fragen, welche Devices für 5G funktionierten und wo Anwendungsmöglichkeiten der Technologie beständen, könnten noch nicht als abschließend geklärt betrachtet werden. Er zeige sich hoffnungsvoll, dass Nordrhein-Westfalen über so viel Power auf der wissenschaftlichen Seite wie auch in den Unternehmen verfüge, dass gute Projekte entstünden, die 5G-Technologie schrittweise ausgerollt und die Infrastruktur so weit ausgebaut werde, dass sie bei einem Markthochlauf mit 5G mithalten könne.

Zu Huawei habe er sich bereits geäußert. Er betrachte das Thema sehr pragmatisch. Aus den Gesprächen mit dem CEOs großer Telekommunikationsunternehmen könne

er kein Verbot der Kommunikation mit Huawei ableiten. Auch ein CEO eines großen indischen Telekommunikationsunternehmens habe ihm bei einer Podiumsdiskussion bestätigt, in dieser Hinsicht mit Huawei keine Probleme zu haben. Die Bundesregierung plane, noch über das Thema zu beraten, und eventuell entstünden dabei Aspekte, welche die Landesregierung berücksichtigen müsse.

Nicht nur bei 5G, sondern auch in anderen Bereichen, etwa bei Cloudlösungen, müsse sich Europa dringend anstrengen und eigene Fähigkeiten entwickeln. Europa und sogar auch die Vereinigten Staaten von Amerika hinkten bei 5G weit hinterher. Die Fähigkeiten der Chinesen hätten diese in eine Lead-Position gebracht. Es stelle sich die Frage, ob es fair sei, so jemanden nun auszubremsen. Besser wäre es, sich selbst etwas mehr anzustrengen und die Chinesen stärker in die Kooperation zu zwingen, so wie diese es auch häufig umgekehrt täten. Auf diese Weise könne man vielleicht selbst noch etwas lernen. Huawei habe in dem Bereich eine herausragende Fähigkeit erlangt, und er wolle lieber mit ihnen kooperieren als sie auszuschließen. Letztendlich entscheide in dieser Hinsicht aber die Bundesregierung, und das Land müsse sich an dem orientieren, was der Bund vorgebe.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) nimmt Bezug auf die von der Bundesnetzagentur nun ausgegebenen Gebührenmodelle für die regionalen und lokalen Netze. Welche Unterstützung biete die Landesregierung Unternehmen, die sich für diesen Sektor interessierten? Das Land habe ein großes Interesse daran, in dieser Hinsicht möglichst in die Breite zu kommen. Auch wenn diesem Bereich sehr viel Potenzial stecke, hätten viele kleinere Unternehmen dies wahrscheinlich noch nicht erkannt.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) antwortet, die Landesregierung begleite das sehr proaktiv. 5G in die Fläche zu bringen, hänge eng mit dem Bestehen einer Glasfaserinfrastruktur zusammen. Manche Unternehmen im ländlichen Raum – dort seien häufig Hidden Champions ansässig – hätten sogar ihre Gewerbegebiete auf eigene Rechnung mit einem Glasfaserzugang ausgestattet. Allerdings bestehe für diese Unternehmen auch die Möglichkeit, eine Campuslösung zu beantragen oder mit den Netzbetreibern in einen Vertrag einzutreten.

In Aachen entstehe nun – unter Beteiligung von Vodafone und Ericsson – mit e.GO die erste 5G-Fabrik der Welt. Die Initiatoren hätten keine Campuslösung beantragt, sondern setzten dies mit Partnern um. Auch mit Blick auf Precision Farming werde im Verbund von Landwirten und Landmaschinenherstellern über 5G-Campuslösungen nachgedacht. Die Verantwortung über die Umsetzung dessen liege natürlich bei den Beteiligten selbst. Vonseiten der Landesregierung werde in dieser Hinsicht jedenfalls für größtmögliche Transparenz gesorgt.

8 Verschiedenes

hier: **gemeinsame Anhörung ADI und WissA**

Vorsitzender Thorsten Schick weist auf eine Anhörung zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „Künstliche Intelligenz: Forschung und Innovation für Maschinelles Lernen voranbringen“ hin, die gemeinsam mit dem Wissenschaftsausschuss am 12. Dezember 2019 um 10:00 Uhr stattfinde. Die Fraktionen hätten sich bereits auf die zu ladenden Sachverständigen verständigt.

gez. Thorsten Schick
Vorsitzender

4 Anlagen
10.12.2019/16.01.2020
73

Tischvorlage

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
zum Haushaltsgesetzentwurf 2020

Einzelplan 14

Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation
am 7. November 2019

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	SPD	**Kapitel 14 500** **Digitales** **Titelgruppe 72** **Einrichtung von Testfeldern für die Einführung der 5G Schlüsseltechnologie** **Titel 686 72** **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** **2020** **Ansatz lt. HH 2019** von 8.429.000 Euro **24.500.000** Euro um 10.000.000 Euro auf 18.429.000 Euro Erläuterung: *Die zusätzlichen Mittel von 10.000.000 € sollen der weiteren Förderung der 5G Technologie dienen.* **<u>Begründung</u>:** Die Mittel des Landes sollen erhöht werden, um die Etablierung der 5G Technologie in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen.	CDU SPD FDP GRÜNE AfD

NRW DIE FRAKTION SPD

Christina Kampmann MdL
Sprecherin für Digitalisierung und Innovation

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2518
christina.kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Digitalisierung
und Innovation
Herrn Thorsten Schick MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Thema Ziele der Digitalstrategie 28.10.2019
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 07.11.2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 26. September 2019 wurde durch Minister Pinkwart erwähnt, dass die Digitalstrategie der Landesregierung 44 Ziele beinhalte.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 07.11.2019. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche 44 Ziele beinhaltet die Digitalstrategie der Landesregierung (bitte einzeln auflisten)?
2. Wie ist der Umsetzungsstand dieser 44 Ziele (bitte unterscheiden nach: noch keine Planung, in Planung, in Umsetzung und abgeschlossen)?
3. Bis wann sollen die noch nicht umgesetzten Ziele abgeschlossen sein?
4. Welche Kosten erwartet die Landesregierung für die Umsetzung der 44 Ziele (möglichst nach einzelnen Zielen differenzieren)?
5. Gibt es eine Priorisierung der 44 Ziele oder stehen diese gleichwertig nebeneinander?

Mit freundlichen Grüßen

Christina Kampmann MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Digitalisierung und Innovation

NRW DIE FRAKTION SPD

Christina Kampmann MdL
Sprecherin für Digitalisierung und Innovation

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2518
christina.kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Digitalisierung
und Innovation
Herrn Thorsten Schick MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Thema Kooperation zwischen Polen und NRW beim Thema KI 28.10.2019
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 07.11.2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Minister Pinkwart teilte am 3. Oktober 2019 mit, dass Nordrhein-Westfalen beim Thema Künstliche Intelligenz künftig enger mit Polen zusammenarbeiten will.[1]

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 07.11.2019. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie genau soll die angekündigte Zusammenarbeit mit Polen ausgestaltet sein?
2. Auf welcher Ebene soll die Zusammenarbeit stattfinden?
3. Wann beginnt die angekündigte Zusammenarbeit?
4. Welche Partner sollen an der Zusammenarbeit beteiligt werden?

Mit freundlichen Grüßen

Christina Kampmann MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Digitalisierung und Innovation

[1] https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kuenstliche-intelligenz-nrw-will-engere-zusammenarbeit-mit-polen-100.html

NRW DIE FRAKTION SPD

Christina Kampmann MdL
Sprecherin für Digitalisierung und Innovation

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2518
christina.kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Digitalisierung
und Innovation
Herrn Thorsten Schick MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Thema 5G-Strategie 28.10.2019
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 07.11.2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Koalitionsvertrag der Landesregierung wird die Erarbeitung einer 5G-Strategie angekündigt, die bislang jedoch nicht vorliegt.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation am 07.11.2019. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung zur Erarbeitung der 5G-Strategie bislang unternommen?
2. Welche Partner sind an der Erarbeitung der 5G-Strategie beteiligt?
3. Wann wird die Landesregierung ihre 5G-Strategie vorlegen?
4. Wie definiert die Landesregierung die angekündigte „Führungsrolle bei der Entwicklung der nächsten Mobilfunk-Generation 5G"?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Beteiligung von Huawei beim 5G-Netzausbau in Deutschland?

Mit freundlichen Grüßen

Christina Kampmann MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Digitalisierung und Innovation